

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 M. und Bestellschuld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Nautod, Nordensdorf, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die Kleinspaltig e Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Rekl. men und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 125.

Dienstag, den 28. Oktober 1919.

19. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Verordnung!

Um die inländischen Kartoffel-Lieferanten zu sparen, erläßt der General F. G. G. Oberbefehlshaber der französischen Besatzungsarmee der Rheinlande, folgendes:

Artikel 1.

Die Ausfuhr von Kartoffeln aus den von der französischen Armee besetzten Gebieten, — Saarbezirk mit einverleibten, — ist ohne schriftliche Genehmigung von einem deutschen Versorgungsamt verboten; außerdem muß dieselbe vom französischen Oberverwalter beglaubigt und gestempelt sein.

Artikel 2:

Jeder Transport von Kartoffeln durch Eisenbahn, Kraftwagen oder Wagen mit Pferdebespannung aus einem Kreis in einen anderen, ist ohne vorherige Genehmigung vom Kommunalverband, die vom Verwalter des Abwanderungsbereichs beglaubigt und gestempelt ist, verboten.

Artikel 3:

Jede Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung wird durch das französische Militärgericht verfolgt.

Artikel 4:

Die Herren Generale, Oberbefehlshaber der verschiedenen Gebiete, die französischen Oberverwalter der Bezirke, die Verwaltung des Kreises die Eisenbahn-Reg.-Subkommission vom betreffenden Gebiet und die Feldgendarmarie sind mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung die sofort nach seiner Veröffentlichung in Kraft tritt, sofern es sie anbelangt, beauftragt.

Signé: de Juvigny.

inM. in Chef du Cercle de Wiesbaden (Campagne)
Le Commandant de Juvigny

Das neue deutsche Heer.

Heber eine Milliarde jährliche Ausgaben.

Im Reichsrat wurden bei der Beratung des Haushalts der Verwaltung des Reichsheeres für das Rechnungsjahr 1919 eingehende Mitteilungen über die Stärke und die Verwaltungskosten des neuen deutschen Heeres gemacht. Obwohl die Friedenspräsenzstärke zurzeit 200.000 Mann gegen rund 800.000 Mann vor dem Kriege beträgt, sind die Kosten bedeutend gestiegen. Nach dem Etat von 1914 betrugen die fortwährenden Ausgaben rund 980 Millionen Mark, jetzt haben wir mit einer Ausgabe von einer Milliarde hundert Millionen zu rechnen. Die Hauptursachen dieser erhöhten Kosten sind die gestiegenen Löhne und die hohen Kosten der Materialversorgung. Kommandogewalt und Verwaltung sind künftig in einer Hand konzentriert.

Im Reichswehrministerium sind sechs Ämter vorgesehen: Zentralamt, Personalamt, allgemeines Truppenamt, Waffenamt, Dienstverwaltung, Feldzeugmeisteramt. Dazu kommen noch die Sanitäts-Abteilungen und die Bildungsinspektionen. Das deutsche Heer wird in Zukunft aus 63 Bataillonen gegen 600 vor dem Kriege, 7 Panzerbataillonen gegen 44 und 79 Eskadrons gegen 550 bestehen. Die Hauptartillerie wird ganz verschwinden. Es darf nach dem Friedensvertrage nur eine einzige Zentralbehörde geben: das Reichswehrministerium. Die jetzt bestehenden 45 Reichswehrbrigaden müssen umgebaut werden in den Zustand des Hunderttausend-Mann-Heeres. Der Reichsrat erteilte dem Entwurf seine Zustimmung.

Die Folgen der Ostseeblockade.

Völlige Lahmlegung der Ostseeschifffahrt.

Nach fünfjähriger grausamer Blockade wird die deutsche Bevölkerung infolge der Weigerung der deutschen Soldaten im Baltikum, dem Räumungsbefehl der deutschen Regierung Folge zu leisten, erneut durch die Blockade eines Teils der deutschen Küsten bedroht. Die Wirkungen der neuen Ostseeblockade sind geradezu verhängnisvoll. Um die ganze Härte dieser Maßnahme unserer bisherigen Feinde zu veranschaulichen, genügt die Hervorhebung einiger Folgerseignungen.

Der Fischfang, der täglich mehrere tausend Rentner betrug und damit wesentlich die knappe Ernährung Deutschlands verbessern half, ist völlig lahmgelegt. Tausende von Fischern sind außerdem dadurch in ihrer Existenz bedroht. Die Kartoffelversorgung mit Mitteldeutschland, die vom Osten her größtenteils auf dem Seewege erfolgte, kann durch die Sperre nicht stattfinden. Umgekehrt ist die Kohlenversorgung Ostpreußens von Westen und Süden her aufs äußerste gefährdet. Schon jetzt ist in Königsberg die Gasversorgung auf das Mindestmaß herabgesunken.

Die Schifffahrt — 4 den Kaiser Kanal ist an-

sperrt. Und dabei scheint es, als ob eine weitere Verschärfung der Lage geplant ist. Denn die Entente-Schiffe in der Ostsee sind an Zahl verstärkt worden und in Kopenhagen sind kürzlich 7 Kriegsschiffe für den Handelskrieg in der Ostsee eingelaufen. Infolgedessen Seesperre durch die Entente macht sich in der Ostseeschifffahrt an Frachtraum nach den skandinavischen Häfen bemerkbar. Die Störung der Ausfuhr hat eine Anhäufung von Gütern in den Häfen bewirkt. Namentlich auf den Güterbahnhöfen sind die Zustände unerträglich geworden. Der Verkehr der neutralen Schiffe ist unbehindert. Dagegen ist der Verkehr nach den skandinavischen Häfen wegen der Unsicherheit der dortigen Zustände eingestellt worden. Einige neutrale Schiffe, die Ladungen für diese Häfen einladen, haben wieder gelichtet und sind mit anderen weitigen Bestimmungen ausgelassen. Jeder Verkehr deutscher Schiffe an der Küste ruht. Der Betrieb der regelmäßigen Dampferlinien von Stettin und Königsberg nach Hamburg, Bremen und Lübeck ist lahmgelegt.

Infolge der Sperre über die deutsche Schifffahrt in der Ostsee hat dort auch die gesamte Minenräumtätigkeit eingestellt werden müssen. Ohne die Unterbrechung hätte binnen kurzem mit Räumung der Kattegattsperre begonnen werden können, was auch für die dänischen Fischer besonders wertvoll gewesen wäre. Die deutsche Marinekommission hat der internationalen Marinekommission planmäßige Fortsetzung der Arbeiten im Interesse der internationalen Schifffahrt und Fischerei vorgeschlagen. Auch dieser Vorschlag zeigt die Sinnlosigkeit der von den Alliierten verhängten Sperre.

Die Reichsregierung hat, wie der Minister des Auswärtigen Müller in der Nationalversammlung ausführte, scharfen Protest gegen die Ostseeblockade erhoben. Der Ratserrat hat von der Note der deutschen Regierung bereits Kenntnis genommen und anscheinlich beschlossen, daß die Ueberwachung dieser Schiffe

weniger streng durchgeführt werden soll. Wenn diese Erleichterungen nicht bald eintreten, dann sind die verheerenden Folgen dieser unerhörten Maßnahme von unabsehbarer Wirkung auf die Volkswirtschaft und die Volksgesundheit.

Frankreichs Rheinlandpolitik.

Eine Rede des neuernannten Oberkommissars für die Rheinlande.

Der Bund der großen französischen Vereinigungen hat dem zum hohen Kommissar der französischen Regierung in den rheinischen Provinzen ernannten Paul Tirard ein Heftchen gegeben. Bei diesem Anlaß hielt Herr Tirard eine Programmrede. Er sagte darin unter anderem, den Annexionsgedanken dürfe man nicht in Betracht ziehen, denn das widerspreche der französischen Tradition. Man habe Frankreich Absichten unterworfen, die es niemals gehabt habe, denn es wolle nicht, daß über die Völker verfügt werde entgegen ihren Wünschen. Man müsse vor allen Dingen zeigen, daß Frankreich den Friedensvertrag loyal ausführen wolle.

Tirard fuhr fort: „Was wir wollen, ist, daß wir auf dem vorgeschobenen Posten eine Stellung bewahren, die uns gegen den Krieg schützt. Wir wollen, daß im neuen Deutschland kein neuer Militarismus aufkomme, wir wollen, daß weder ein Redondage noch ein Geist des Imperialisismus vorhanden ist, und wir wollen, daß die rheinische Bevölkerung Stimme hat in der deutschen Föderation in deren Gemeinschaft sie bleiben wolle. Was wir ferner wollen, ist, die Lebensbedingungen zu verbessern und die militärische Rolle Deutschlands, so daß ein Krieg nicht mehr möglich ist, und daß die Bevölkerung am Rhein in der Lage sind, auszurufen: Ruhe — la!“. Die rheinische Bevölkerung sei arbeitssüchtig, pazifistisch und hänge sehr am Reichum. Sie wolle Geld verdienen. Während des Waffenstillstandes habe sich die Bevölkerung an die Alliierten gewandt in der Hoffnung, daß sich ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern. Seit dem Friedensvertrage hätten sich diese Tendenzen geändert.

Das Problem der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und dem Rheingebiet habe sich komplizierter gestaltet. Man habe wirtschaftliche Beziehungen mit den Rheinländern angeknüpft, aber man dürfe sich keiner Illusion hingeben, denn es bestehe am Rhein keine wirtschaftliche Schranke. Die Frage, die sich deshalb stelle, sei zum größten Teil die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.

Der Kommissar ging alsdann auf die intellektuelle Frage ein und sagte, man dürfe nicht dulden, daß die jungen Deutschen in einem Geiste der Revanche erzogen würden. Sie müßten nach den de-

mokratischen Traditionen herangebildet werden, die die Frankreich seien. Infolgedessen müsse man die deutschen Lehrer und den Unterricht, den sie in der Schule erteilen, überwachen. Das sei der Prüfling dafür, was aus dem Deutschland von morgen werde. Er hoffe nicht, die deutschen Lehrer umzugestalten, aber er hoffe, daß im Volks- und Mittelschulunterricht eine französische intellektuelle Durchdringung möglich sei (N). Die beste Propaganda Frankreichs liege auf geistigem Gebiete.

Politische Rundschau.

— Berlin.

Der Ausschuss der Nationalversammlung nahm das Gesetz über das Reichsnotopfer in zweiter Lesung mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an.

Der Ausschuss für die Wahlprüfungen der Nationalversammlung hat beim Plenum beantragt, die Wahl des Abg. Simon-Röhrens (N. S.) wegen Wahlbeeinflussungen für ungültig zu erklären.

Der Staatsrat für Thüringen beauftragte den Staatsrechtler Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Rosenthal (Zeno) mit der Ausarbeitung der Beratung des Staates Thüringen.

Die Einreise in die französische Besatzungszone erfordert fortan lediglich einen vom Zivilkommissar in Frankfurt beantragten und französisch visierten deutschen Reisepaß.

Die bayerische Regierung hat angeordnet, daß eine Neubewahl der Arbeiterräte in Bayern zu unterbleiben hat bis zur Durchführung der Gesetzgebung des Reiches über Betriebs- und Wirtschaftsgerichte.

Millionenprotest der deutschen Regierung gegen eine ungarische Stadt. In der Fabrikstadt Neupeß, die in unmittelbarer Nähe von Budapest liegt, sind vor einigen Tagen zwei deutsche Offiziere eingetroffen, die dem Bürgermeister mitgeteilt haben, daß die

deutsche Regierung die Stadt um zwei Millionen Mark Schadenersatz verfolge. Die Vorgeschichte dieser Klage ist die, daß in den ersten Dezembertagen, als die Maschsen-Armee auf ihrem Heimweg Neupeß passierte, der Neupeßer Nationalrat sich beeilte, die Lebensmittel und Materialvorräte der durchziehenden Truppen zu beschlagnahmen. Die ungarische Regierung hatte noch während des Regimes Karolyi festgestellt, daß die beschlagnahmten Vorräte, die mehr als ein Millionen Kronen wert waren, durch die Mitglieder des Nationalrates unterschlagen worden waren.

Marshall Foch über den Friedensvertrag. Marshall Foch hat dem Ratserrat mitgeteilt, daß er im Einverständnis mit den alliierten Generalstäben die militärischen Maßnahmen festgelegt habe, die in dem Augenblick da der Friedensvertrag in Kraft trete, getroffen werden müßten. Die Zusammenfassung der internationalen Besatzungstruppen in den verschiedenen Bezirken sei bestimmt worden, aber die amerikanische Teilnahme sei von der Abstimmung des Senats über den Friedensvertrag abhängig. Im Übrigen sei eine gewisse Zeit notwendig, um die internationalen Kontingente, die für die Besetzung bestimmt seien, zu gruppieren und zu transportieren. Nach dem „Temps“ hofft jedoch Marshall Foch, daß diese Gruppierungen und Transporte Anfang November beendet sein werden. Alsdann werde man zum Austausch der Ratifikationsurkunden schreiten können, der dem Friedensvertrag Gültigkeit verleihen. Man erwarte übrigens unverzüglich Wilsons Antwort auf den französischen Vorschlag, den Rat des Völkerbundes in Paris für den Tag, an dem das Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden unterzeichnet werde, zusammenzubekommen. Minut Wilson diesen Vorschlag an und tritt demnach der Völkerbund in Paris zusammen, so wird dadurch der antideutsche Charakter des Völkerbundes aufs stärkste betont, was

Strafrechtsform und Amtsgericht. Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Strafgesetzbuch wird der in Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf wesentliche Veränderungen in den Kompetenzen der Land- und Amtsgerichte vorsehen. Voraussichtlich wird die Zuständigkeit der Amtsgerichte eine bedeutende Erweiterung erfahren. Infolgedessen soll auch die Amtsanwaltschaft eine selbständigere Stellung erhalten, so daß die nebenamtliche Verwaltung in Wegfall kommen und die Schaffung hauptamtlicher Stellen durchgeführt werden wird.

Das Verfahren gegen den Kaiser. Der britische Minister Bonar Law wies im Unterhause darauf hin, daß ein Gesuch an Holland, den deutschen Kaiser auszuliefern, um ihn in Anklagezustand zu versetzen, nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zu er-

warten sei. „Dieses Gesetz kann aber,“ sagte er, „erst dann eingereicht werden, wenn der Friedensvertrag formell ratifiziert worden ist. In der Zwischenzeit sind alle Vorbereitungen für das Gerichtsverfahren getroffen worden.“ Die Forderung nach der Auslieferung des Kaisers soll die erste Aufgabe des neuen französischen Gesandten im Haag sein, auf welchen Posten der bisherige radikal-sozialistische Deputierte Charles Benoist berufen worden ist. Gleichzeitig will man an die Schweiz herantreten, um von ihr die Auslieferung des bayerischen Kronprinzen Rupprecht zu erhalten.

Rundschau im Auslande.

Der Kaiserat beschäftigte sich mit dem Ersuchen des lutherischen Nationalrats von Amerika, der das Verlangen stellt, die protestantischen deutschen Missionen zu ersetzen, die durch den Friedensvertrag von Versailles aufgehoben wurden.

Der Gouverneur von Maubeuge, General Journer, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden wegen Kapitalisation vor dem Feinde und Uebergabe der Stadt.

Die „Times“ erfahren, daß Kossak von Denikin und Judentich als Chef der russischen Regierung anerkannt wurde.

Der australische Senat hat ein Abkommen genehmigt, wonach die früheren deutschen Inseln (südlich des Äquators) an Australien und Neu-Seeland und die nördlichen an Japan fallen.

In Port Darwin in Australien, wo die Verwaltungsbehörden vertrieben wurden, ist eine Sowjetregierung eingesetzt worden.

Frankreich: Die Verschwörung in Elsass-Lothringen.

In der Verhaftung von Neutralisten im Elsass melden die „Basser Nachrichten“: Der eigentliche Leiter der Bewegung ist der Anarchist Köhler, von Geburt Elssässer, Professor an der Technischen Hochschule in Straßburg und früherer deutscher Reserveoffizier. Er wurde mit zwei Mitverschworenen, Hütter und Bögel, in Gewahrsam genommen. Bögel ist Mitarbeiter der in Straßburg erscheinenden oppositionellen „La République“. Bei Köhler wurde eine Summe von 35 000 Mark gefunden. In der Angelegenheit sind weiter verwickelt mehrere sozialistische Gewerkschaftsführer, ein früherer elssässischer Deputierter sowie ein sozialistischer französischer Parlamentarier. Für den 9. November war auch in Elsass-Lothringen ein Aufstand geplant, der gleichzeitig mit der kommunistischen Erhebung in Deutschland ausbrechen sollte.

Rußland: Petersburg in Aufruhr.

Die „Associated Press“ berichtet aus London, daß Petersburg sich im Zustand befände und daß die Gegenrevolution auf die Sowjettruppen an der Front übergriffen hat. Die Geschwader der Alliierten setzen die Beschließung von Kronstadt fort. Der Kampf um Gorka dauert an. Die Bolschewisten haben am Montag nach der Ankunft von 1500 Soldaten von Petersburg einen Ausfall aus Krasnaja Gorka versucht, wurden jedoch zurückgeschlagen. Inzwischen machte Judentich weitere, wenn auch langsame Fortschritte. Einer Meldung aus Kewal zufolge hat er Katinka, die Station Gorewlo bei Bulowo und die weiter östlich gelegene Station Strelnitsch erobert. Die Sowjetregierung sammelte alle Kräfte zu einem erbitterten Endkampf. Die Soldatenräte sind aufgeboten worden. Die Kommunistenvertreter wurden von der Front zurückgerufen, den Befehl führen jetzt dort nur Offiziere. Der russische Bericht vom Montag meldet ein heftiges Gefecht nordöstlich von Jarsko Selo, ungefähr 10 Meilen von Petersburg entfernt. Bologo scheint noch in Händen der Bolschewisten zu sein.

Vereinigte Staaten: Die fünf Vorbehalte des Senats.

Der „New York Times“ meldet aus Washington, daß der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten fünf Vorbehalte bezüglich des Friedensvertrages angenommen hat: Der erste sieht vor, daß die Vereinigten Staaten allein darüber zu urteilen haben, ob im Falle des Austritts aus dem Bunde den internationalen Verpflichtungen nachzukommen ist. Der zweite, daß die Vereinigten Staaten keine territorialen Verpflichtungen auf sich nehmen, die territoriale Unversehrtheit eines anderen Landes zu verteidigen oder bei Streitigkeiten zwischen zwei Ländern zu intervenieren oder militärische Hilfe zu gewähren, es sei denn, daß der Kongreß dies genehmigt. Der dritte bestimmt, daß kein Mandat ohne die Zustimmung des Kongresses angenommen werden darf. Der vierte gibt allein den Vereinigten Staaten das Recht, über ihre inneren Angelegenheiten zu urteilen. In dem fünften wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin keinem Schiedsgericht unterwerfen wollen.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

32. Fortsetzung.

Mit Wärme ergreift Jolanda Salomeas Hand. „Bitte, nennen Sie mich Jolanda! Sie wissen nicht, wie nah Sie meinem Herzen stehen, liebe Salomea.“ Frau Belloni lächelt.

„Ach mir geht es so, liebe Jolanda. Seit Sie meinem Kinde dort — Sie deuten auf Alinaldo, der mit Angelina artig am Kindertischchen sitzt und nur ab und zu einen bewundernden Blick auf die schöne „Kousine“ wirft — die Gesundheit wiedergewonnen, empfinde ich für Sie wie für eine Schwester.“

„Ich fühle Sympathie für Sie vom ersten Augenblick an“, bemerkt Jolanda lebhaft.

Salomea antwortete nicht sogleich. Tief und forschend ruhen ihre Augen auf dem jarten Antlitz vor ihr.

„Das war bei mir nicht der Fall“, entgegnete sie mit der ihr eigenen Offenheit. „Mein Herz war noch bis vor kurzem mit Abneigung gegen Sie erfüllt — nicht gegen Ihre Person, aber gegen Sie als Kind des Mannes, der meiner Mutter so furchtbar wehe getan; des Mannes, der mich — seine Schwester, richtig hätte im Elend verkommen lassen. . . .“

„Fahren Sie nicht auf, liebe Jolanda! Ich sage nichts weiter gegen Ihren Vater! All diese unedlen Empfindungen bei mir sind vorbei. Ich liebe in Ihnen das gute, reine, unschuldige Geschöpf, das nichts von Unrecht weiß.“

Jolanda ist sehr bleich geworden. Nur mit Anstrengung all ihrer Selbstbeherrschung zwingt sie sich zur Ruhe.

Und doch zittert es wie verhaltene Empörung in ihrer Stimme nach, als sie rucklos, hastig entgegnet:

„Als Sie mir damals Ihre traurige Lebensgeschichte erzählten, sprachen Sie gleichzeitig einen Verdacht aus, der mich aufs tiefste verletzen mußte, denn er berührte die Ehrenhaftigkeit meines Vaters. Ich wies Ihnen nicht die Tür, wie ich es wohl hätte tun sollen; ich hörte Ihnen geduldig bis zu Ende zu; ich schied sogar von Ihnen als Freundin. Deshalb! Ich weiß es nicht. Mir war, als stünde ich un-

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen.

Die Polen liefern drei Millionen Zentner Kartoffeln. Am 22. Oktober wurde ein deutsch-polnisches provisorisches Wirtschaftsabkommen ratifiziert. Es betrifft in der Hauptsache die Lieferung oberschlesischer Kohlen an Polen und die Lieferung polnischer Kartoffeln an Deutschland.

Nach dem Abkommen erhalten die Polen von den oberschlesischen Kohlen, bei Zugrundelegung einer Abbeförderung von 4500 Wagon, jeden Monat 75 000 Tonnen. Steigt der Wagonverstand, so bekommen die Polen von dem Mehrverstand 20 Prozent. Weiter erhalten sie einmalig 50 000 Tonnen von den auf den Halben gelagerten Kohlen, müssen diese aber mit eigenen Lokomotiven und Wagon abholen und in der Richtung nach Galizien befördern. Die Polen haben zugestanden, daß sie den Transport von Kohlen nach Ostpreußen durch ihr Gebiet zulassen. Ferner liefern sie uns: zunächst drei Millionen Zentner Kartoffeln, wovon der größte Teil noch vor Eintritt des Frostes zu stellen ist, ein kleinerer Teil im Frühjahr. Des weiteren liefern uns die Polen auf Grund des Vertrages Spiritus und Gänse. Gleichzeitig mit diesem Abkommen ist ein solches getroffen über die Lieferung von Petroleum und Naphta. Auch wurde ein Eisenbahn-, Schiffsahrts- und Postabkommen geschlossen. Die freie Schifffahrt wurde zugelassen auf der Weichsel und im Regelanal. Eine Reihe von deutschen Schiffen, die die Polen zurückbehalten haben, werden herausgegeben.

Die Verhandlungen mit den Polen über ein allgemeines Wirtschaftsabkommen gehen inzwischen weiter. Sie bezwecken die Herbeiführung der Weichselregulierung auf beiden Seiten, die Durchführung deutscher Waren durch Polen und die Regelung der Polenta.

Gerichtssaal.

Der Strafantrag im Münchener Gesellenmord. Der Staatsanwalt beantragte im Gesellenmordprozess gegen Müller und Makowski wegen Totschlags die Höchststrafen von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, gegen Grabasch 1 Jahr Gefängnis und für Kreiner Freisprechung. Das Urteil ist wahrscheinlich am Sonnabend zu erwarten.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 24. Oktober.

Abschiedsgruß Nemets.

Vor Eintreten in die Tagesordnung gibt Abg. Maties (Soz.) eine Erklärung ab, in der ausgeführt wird, daß etwa 140 000 Einwohner des Nemets-Landes, die in ihrer übergroßen Mehrzahl bei Deutschland zu verbleiben wünschen, (lebhafter Beifall), unter die Fremdherrschaft gestellt werden. Die Friedenspolitik der Entente rufe im Osten eine deutsche Irrezenz hervor, welche unabsehbare Folgen für die weitere staatspolitische Entwicklung des Ostens haben werde. Wir danken dem alten Vaterland für alles, was es uns gegeben hat. (Lebhafter Beifall.) Wir gehören zu Deutschland, deutsch ist unsere Kultur und deutsch wird unser Herz bleiben. (Unhaltender Beifall.) Deutschland, vergiß Deine Kinder nicht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident Reinert: Das ganze Land steht geschlossen hinter dieser Erklärung. Ich bin der Überzeugung, daß die deutsche Bevölkerung die abgetretenen Gebiete niemals vergessen wird. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage Hagemann (Soz.) erklärt ein Regierungsvertreter, daß der Reichskohlenkommissar gegen Jochen die den Eisenbahnbetrieb mit unzureichender Kohle beliefern sowie gegen gewissenlose Händler mit schärften Mitteln einschreiten wird und die Eisenbahnverwaltung veranlassen wird, für unreine Kohle keine Wagon mehr zur Verfügung zu stellen. In der

Frage der Kohlennot im schlesischen Abstimmungsgebiet wird die Regierung den Wünschen der Bevölkerung möglichst Rechnung tragen.

Außerhalb der Tagesordnung erklärt Abgeordneter Schmitt (Dem.) namens sämtlicher Parteien, daß ein interfraktioneller Ausschuß gebildet sei, um die Staatsregierung zu notwendigen Maßnahmen zum Schutze der mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten in den abzutretenden Gebieten zu veranlassen.

Ein Antrag des Bevölkerungsausschusses über die Gleichstellung der Krüppelfürsorge mit der der Invaliden und Rentenempfänger wird ohne Aussprache angenommen. Desgleichen ein Antrag des Bevölkerungsausschusses gegen die Aufhebung der sogenannten Aufklärungsfilme.

Landwirtschafts-Gesetz.

Die zweite Beratung des Landwirtschaftshaushaltes wird fortgesetzt. Abg. Stendel (D. Vp.) bedauert die Angriffe persönlicher Art gegen den Landwirtschaftsminister, läßt aber schärfste Kritik gegen den Eingreifen im pommerischen Landarbeiterstreik. Der Minister hat selbst zugegeben, daß lediglich zwei pommerische Kreise getroffen werden sollten! Und da erlaubt er eine Verordnung für die ganze Monarchie. (Lebhafter Beifall links: Monarchie!) Entschuldigen Sie diesen Vapfus; im übrigen ist ein solcher dem Herrn Landwirtschaftsminister einmal selber passiert. Besonders auch im Westen haben die Verordnungen böses Blut gemacht. Der Ruf: Los von Berlin! wird dadurch nur lauter erklingen. (Hört! Hört!) Der Landwirtschaftsminister sollte sich doch einmal klar darüber aussprechen, wie er zur Sozialisierung überhaupt steht. Den Antrag Kanitz über die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen lehnen wir deshalb ab, weil hier nur mit einer allgemeinen Regelung vorgegangen werden kann. Die Moorwirtschaft in Ostpreußen läßt sehr zu wünschen übrig. (Beifall rechts.)

Abg. Bergmann (Ztr.): Die Wünsche zur Hebung der Landwirtschaft, über die hier Einmütigkeit herrscht, müssen nun auch endlich praktisch durchgeführt werden. Wir dürfen nicht immer in der Theorie stehen bleiben. (Sehr richtig!) Unserem schwer geprüften Volke können wir keinen schlimmeren Dienst erweisen, als wenn wir auch die Landwirtschaft Sozialisierungs-Experimenten ausliefern würden. Der Nennwert der Löhne ist bei den gegenwärtigen Preisen eine glatte Irreführung der öffentlichen Meinung. (Beifall links.) Die ungeheuerliche Korruption verlangt die schärfsten Gegenmaßnahmen; selbst Reichsbeamten haben sich an Schiedungen beteiligt. (Lebhafter Beifall!) Durch Gründung selber Verbände sollte man keinen Teil in die Landarbeiterbewegung treiben. (Lebhafter Beifall links.) Die sozialdemokratische Agitation beruht nicht nur auf materialistischen Ideen, nicht auf Herz, Gemüt und Seele. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Kausner (N. Soz.): Ihr Christen! Ihr war bisher eure Heuchelei. (Ruf: Beim Zentrum: Unsinn!)

Abg. Koch-Dehnhäusen (Dnat.): Die Zwangswirtschaft der Nahrungsmittel ist nach Sicherstellung der für die Volksernährung notwendigen Mengen aufzuheben. Gemüse, Erdbeeren und Schokolade sind gänzlich freizulassen. Der Landwirtschaftsminister stellt sich mit verbissenem Grimm gegen alles, was in der Landwirtschaft heißt. (Sehr richtig! rechts.) Die Verordnung vom 2. September hat die schon eingehende Beruhigung nur behindert. Für das landwirtschaftliche Siedlungswesen treten auch wir ein, ebenso für die Wünsche der Beamten in der landwirtschaftlichen Verwaltung. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Brauns: Dem Reichsministerium liegt ein Entwurf vor, der die Verhältnisse der Kleinpächter regeln soll. Wenn mein Entschluß mit parlamentarischen Bewegungen in Zusammenhang gebracht wird, so sind diese lediglich auf die agitatorische Ausnutzung des Erlasses durch die Deutschnationalen zurückzuführen. Das Haus vermag sich. Die Abstimmung über den Landwirtschaftshaushalt und die Anträge findet erst nach dem 4. November statt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 4. November, nachmittags 2 Uhr: Kleine Anfragen, kleine Vorlagen.

ter einer geheimnisvollen Gewalt, die mich in ihren Bann gezogen, dem ich nicht mehr entziehen konnte. Ich hätte Sie hassen, Sie verabscheuen sollen. Aber — ich glaube Ihren Worten, ich bedauere Sie, ich — liebe Sie. Bevor ich Sie kennen lernte, hatte nie eine trübe Stunde mein sonnenleeres Leben verblüht. Sie haben mich zweifeln gelehrt. Es gab Tage, an denen es mich drängte, meinem Vater alles zu sagen, damit er sich verteidige, sich reinige von dem furchtbaren Verdacht, den Sie im Herzen gegen ihn hegen. Aber ein Blick auf seine edlen, leidenden Züge, auf seine zitternden Hände, auf seinen ganzen zerbrechlichen Körper — und ich unterließ es. Denn, Salomea — mein Vater ist krank, sehr krank, und jede Aufregung kann ihm schaden. In meinem tiefsten Innern aber — da regt sich immer noch — kein Zweifel, nein, der wäre ein Verbrechen an meinem edlen Vater — aber eine leise Vermutung, ein — ich weiß selbst nicht was, das mich nicht so recht von Herzen froh werden läßt — so froh, wie ich es früher war.“

Rit seiner Liebe hat Salomea das tief erregte Mädchen unterbrochen. Nur ihr bededtes Nienenspiel drückt ihre ganze tiefe Anteilnahme aus.

„Salomea!“ schließt Jolanda heftig, beinahe leidenschaftlich. „Morgen ist mein Hochzeitstag und ich habe die Empfindung, daß ich in diesen wichtigsten Abschnitt meines Lebens nicht eintreten kann, ohne eine für meine Gemütsruhe wichtige Frage an Sie gestellt zu haben. Deshalb bin ich heute zu Ihnen gekommen. Sie sind Gattin, Mutter — Sie werden meine Empfindungen gewiß verstehen. Sagen Sie mir offen und ehrlich: hegen Sie noch immer irgend einen Verdacht?“

Bestehes Ziehen an der Glocke läßt sie innehalten. Beide Frauen laufen . . .

„Es kommt jemand“, flüstert Jolanda. Wir werden nicht mehr allein sein. Bitte, nur ein Wort: hegen Sie noch immer jenen Verdacht? Ja oder — nein!“

Draußen polternde Schritte und eine aufgeregte Stimme:

„Wo ist meine Nichte? Muß sie sofort sprechen!“

Salomea springt auf. Sie erkennt die Stimme ihres Onkels. Mein Gott, wenn die beiden sich hier treffen! Der

Onkel ist so formlos, so wenig rücksichtsvoll! „Ja oder — nein?“ bittet Jolanda nochmals dringender.

„Nein, nein!“ erwidert Salomea höflich.

Ihre Augen sind starr auf die Tür gerichtet.

„Gut sei Dank!“

Ein tiefer Seufzer der Erleichterung hebt Jolandas Brust. Auf ihrem Antlitz erstarkt wieder helles Sonnenlächeln. Es ist, als ob ein frischer Luftzug alle Wollen plötzlich von dannen gefegt habe.

„Leben Sie wohl, liebe Salomea. Sie haben mir meine Ruhe wiedergegeben.“

Noch ein herzlicher Händedruck, ein —

„Hol's der Teufel, Salomea! Wo steht du?“

Die Tür wird aufgerissen. Paolo Rosso flüchtet herein.

Sein Gesicht ist dunkelrot. Während suchend er mit den Armen in der Luft herum. Sein Atem geht ruck und schwund vom hastigen Laufen.

„Da schlag' doch gleich das Donnerwetter drein! Ich hab's ja immer gesagt — diese Schüsse, diese Hallunken —“

Salomea will Jolanda zur Tür hinanschieben.

Doch der breite Rücken des Südafrikaners steht im Wege.

Einen Augenblick stehen die beiden einander gegenüber: das liebliche, glückselig lächelnde Mädchen und der zornrote, polternde Mann.

Paolo Rosso scheint nichts zu sehen und nichts zu hören, so groß ist seine Aufregung. Ohne Jolanda auch nur im geringsten zu beachten, schreit er:

„Weißt du, was deine sauberen Brüder sind, Salomea! Schüsse, Verbrecher, die ins Zuchthaus gehören! Dieser Marchese Bonmartino —“

Ein leiser Aufschrei. Geisterbleich, aber mit blühenden Augen tritt Jolanda auf den wütenden Mann zu.

„Sagen Sie die letzten Worte noch einmal!“ sagt sie mit unnatürlich ruhiger Stimme. „Ich bin die Tochter des Marchese Umberto Bonmartino. Wiederholen Sie Ihre Anklage mir ins Gesicht! Aug' in Aug!“

Fortsetzung folgt.

Die Nationalversammlung.

— 2. Oktober.

Abg. Dr. Herrmann-Bosen (Dem.) weist auf die Abwanderung der Deutschen aus den besetzten Teilen der Provinz Posen hin, die bereits auf 100 000 bis 120 000 Köpfe geschätzt wird. Der Hauptgrund ist der von den Polen gestiftete Terror.

Dr. Vorkenfeld erklärt, es handele sich nur um etwa 80 000 Personen. Es wird alles getan werden, um das Deutschtum dort zu erhalten und zu stärken.

Abg. Wiener (Dnatl.) wünscht die Aufnahme schiffbarer Eisenbahnbeamtinnen in das Reichsverkehrsmittel.

Unterstaatssekretär Schieris sagt dies zu.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Die dänische Regierung will nach der Abstimmung in der ersten Zone in Schleswig, wenn diese für Dänemark ausfällt, die sofortige Besetzung der Zone durchführen.

Legationsrat Trautmann erwidert, daß diese Besetzung nur möglich ist, wenn die internationale Kommission zustimmt. Daran sei aber zu zweifeln.

Abg. v. Graefe (Dnatl.) erhebt Einspruch, weil eine Protestversammlung der mecklenburgischen Landwirte verboten wurde.

Gehelmsrat Hensbach erklärt, daß eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestand, weil die Arbeiterkraft drohte, in den Generalstreik zu treten, wenn die Versammlung abgehalten würde. (Unruhe rechts.)

Abg. v. Graefe (Dnatl.) erwidert, dann kann das ganze Versammlungsrecht illusorisch sein.

Das Auswärtige Amt.

Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Heinze (D. Sp.): Ein Anschluß an das bolschewistische Rußland ist ganz unmöglich. In der auswärtigen Politik sollten die inneren Gegensätze schweigen. Erst muß der Friede ratifiziert werden und die Bestimmungen müssen erfüllt sein, ehe wir ein auswärtiges Programm aufstellen können. Das Reich sollte die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan aus den Händen der Einzelstaaten nehmen. Unsere auswärtigen Vertreter müssen durch und durch national gesinnte Männer sein.

Abg. Paulmann (Dem.): Jetzt, vor der Ratifizierung des Friedensvertrages, sollten wir das Bild eines einigen Volkes bieten. Die Unabhängigen stellen sich bild für den ungeheuren Aufschwung der Arbeiterklasse. Sie traten für eine wehrfähige Humanität ein, während sie praktisch die Anwendung von Gewalt zum System erhoben haben. Sie sind allein schuld an der Notwendigkeit der Reichswehr und des Belagerungszustandes. Ihr Verschönerungsversuch macht außerordentliche Maßregeln nötig. Diese Partei ist ein toter Mann. Deutschland darf sich nicht an der unstillen Hungerblase gegen Rußland beteiligen. Die Entente ist die Mutter des Bolschewismus. Der Redner fordert die Herausgabe des dritten Bandes von Bismarcks Erinnerungen.

Abg. Schütz-Bromberg (Dnatl.): Bisher haben sie Bismarck bekämpft, jetzt können sie seine Erinnerungen nicht erwarten. Die Veröffentlichung ist auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks unterblieben.

Abg. Cohn (H. Soz.): Der Frieden wäre viel besser geworden, wenn eine Annäherung an die Bolschewisten erfolgt wäre.

Abg. Scheidemann (Soz.) erklärt, daß die Bolschewisten seinerzeit ebenfalls abgelehnt hätten, einschließlich Danks, die Beziehungen zur Sowjetregierung aufzunehmen.

Minister Müller weist darauf hin, daß die Verhandlungen in Moskau so verlaufen sind, daß eine klare Offensiv nicht möglich ist. Ein baldige Ratifikation des Friedens wünschen wir an.

Damit schließt die Aussprache.

Der Haushaltsplan für das Auswärtige Amt wird erledigt.

Es folgt der Haushaltsplan für das Reichsverkehrsmittel, die Reichseisenbahnen und das Reichseisenbahnamt.

Abg. Herrmann (D. Sp.) berichtet über die Ausschüsseverhandlungen.

Das Haus vertagt sich. Sonnabend 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6 Uhr.

W. Schieber oder Hehler? Die „Schiebengeschäfte“ bergen sehr eine Gefahr in sich, die den Herren Schiebern recht unangenehm werden kann. Sie streifen sehr leicht das Zuchtband mit dem Karmel, da sie sich oft im gegenwärtig auch begreiflichen Irrtum befinden haben, ob sie bei dem Abschluß eines Geschäftes Schieber- oder Hehlerware vor sich hatten, und daraufhin wegen gewerbsmäßiger Hehlerlei angeklagt werden. Wie schon heute in der Tat die Grenze zwischen Schieber und Hehler zu ziehen ist, zeigte der Fall des Kaufmanns Sch., der jetzt die Strafkammer des Landgerichts I in Berlin beschuldigt. Der Angeklagte hatte nach seiner Angabe nur ein Schieberhandelsgeschäft mit Selde gemacht, die sich jedoch später als gestohlen erwies. Daraufhin wurde er der schweren Hehlerlei beschuldigt. Der Staatsanwalt hielt ihn auch für überführt und beantragte 2 Jahre Zuchthaus, da die Person des Verkäufers, die ganzen Umstände bei dem Geschäft wie u. a. das Verschließen der Tür bei den Verhandlungen, der Transport und Lagerung der Ware usw. zwingend gegen die Gutgläubigkeit der Beschuldigten sprächen. Demgegenüber wies Rechtsanwalt Dr. Alsbach darauf hin, daß der Angeklagte nur an eine Schieberlei gedacht habe, und alle zu Tage getretenen äußeren Umstände typisch auch auf den Schieberhandel zuträfen. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen in der Hauptsache an und erklärte nach dem Urteile des Verteidigers auf Freisprechung.

Locales und Provinzielles.

* Die Wahlschlacht ist geschlagen. Die Wahlbeteiligung war ziemlich bedeutend. Insbesondere war von Seiten der Landwirte und der Bewohner des Villenviertels alles aufgegeben worden. Einen nur ganz geringen Erfolg mußte die Liste Herborn erleben. Ob in dieser Partei nicht durchgreifend genug gearbeitet worden ist, oder ob die allgemeine Sympathie fehlte oder ob die Anforderungen einen Teil Schuld tragen? Es sind an Stimmen abgegeben worden: Für Mehrheitssozialisten im Wahlbezirk I 382, in Bez. II 354, in Summa 736. Für Demokraten im Bez. I 375, Bez. II 282, in Sa. 657. Für vereinigte Bürger und Bürgerinnen in Bez. I 139, Bez. II 86 Summa 225. Nach der zugrunde liegenden Verhältnisrechnung haben erhalten Mehrheitssozialisten und Demokraten je 8, vereinigte Bürger und Bürgerinnen 2 Kandidaten. Nach diesem Wahlausgang verfügt demnach keine Partei über die absolute Mehrheit. Jeder großen Partei ist es möglich mit Hilfe der beiden Kandidaten der vereinigten B. u. B. eine Mehrheit zustande zu bringen. Auch ist es möglich daß Kandidaten der nichtsozialen Partei in gewissen Fragen direkt mit den Sozialisten stimmen werden. Auf alle Fälle wird man sich, zumal wenn das Parteiverhältnis der 3 Gruppen streng erhalten bleibt, mit der Tatsache rechnen müssen, daß die beiden Kandidaten der B. und B. der wichtigste, weil ausschlaggebende Faktor sein werden. Ob in bezug auf Besetzung der Stellen für den Gemeinderat zwischen den Parteien Einigkeit zu erzielen ist, bleibt abzuwarten. In unser Gemeindeparlament werden 13 neue Vertreter einziehen; nur fünf Mitglieder gehörten der alten Vertretung an. Der neuen Vertretung gehören fortan an: 1. August Heibig, Schmied, 2. Richard Winter, Lagerhalter, 3. Georg Schüller, Monieur, 4. Christian Volk, Ländler, 5. August Roth, Ländler, 6. Karl Sulzbach, Schlosser, 7. Emil Schmidt Kunstglas, 8. Heinrich Böcker, Stuckateur, 9. Ludwig Herborn, Werkmeister, 10. Ludwig Ernst an Schmidt, Landmann, 11. Karl Körschner Maurermeister, 12. Wilhelm Rigel, Landwirt, 13. Maximilian v. d. Ropp, Privatier, 14. W. H. Emmel, Landwirt, 15. Wilhelm Mehl, Lehrer, 16. Theodor Bierbrauer, Oberkammer, 17. Wilhelm Seiger, Reg.-Sekretär, 18. Karl Steinberger, Landwirt. Werden die neuen Männer uns besseren Zeiten entgegenführen können? Hoffen wir!

* Das vorläufige amtliche Wahlergebnis. Bei der am Sonntag in Wiesbaden stattgefundenen Stadtverordnetenwahl haben von 67 888 Wahlberechtigten 34 368 ihr Stimmrecht ausgeübt. Es erhielten: Vereinigte bürgerl. Parteien: 16 640 Stimmen = 30 Sitze. Mehrheitssozialdemokratie: 9296 Stimmen = 16 Sitze. Zentrum: 4754 Stimmen = 8 Sitze. Unabhängige Soz. (Greis): 2454 Stimmen = 4 Sitze. Unabhängige Soz. (Hermann): 1224 Stimmen = 2 Sitze.

Wichtig für Kriegsschädigte. Durch Verfügung des Reichs-Arbeits Ministeriums ist das Kontrollamt (ehem. Bezirkskommando Wiesbaden) in Ausführung des Friedensvertrages vom 1. Oktober 1919 ab endgültig entmilitarisiert. Mit dem 20. Oktober fallen die früheren Bezeichnungen Bezirkskommando oder Kontrollamt fort; an deren Stelle tritt die Bezeichnung: „Versorgungsstelle Wiesbaden“. Die der Versorgungsstelle Wiesbaden zufallenden Arbeiten und Aufgaben lassen sich in Nachstehendem kurz zusammenfassen.

Bearbeitung der Renten-Anträge der Kriegsschädigten, Rentenerhöhungen, Einsprüche, Anträge auf Lazarettsbehandlung, Heilkur, auf Versicherung orthopädischer Hilfsmittel, Zusatzrenten, Rentenvorläufe, Kapitalabfindung von Kriegs- oder Verwundungszulagen, Zivilversorgung- und Anstellungssachen, Rentennachprüfung; ferner Aufarbeitung der eingereichten Gesuche auf Entlassungszulagen rückständige Versorgungsforderungen Entlassungsgelder, Marschgebühren und dergl.; außerdem Pensionssachen Kriegsschädigter Offiziere. Die Adresse der neuen Dienststelle lautet: „Versorgungsstelle Wiesbaden, Bertramstraße 3“ Sprechstunden sind von 7.30—12 Uhr festgesetzt, nachmittags keine Sprechstunden. Die Kriegsschädigten Rentennachprüfer werden darauf aufmerksam gemacht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, ihren Wohnsitzwechsel und Wohnungsveränderung der Versorgungsstelle stets rechtzeitig mitzuteilen, damit in der Bearbeitung ihrer Rentenangelegenheiten, Rentenzahlung usw. keine unnötigen Verzögerungen entstehen.

Für die Kriegsschädigten ist diese Änderung insofern von besonderer Bedeutung, weil damit die Bearbeitung der Rentenversorgung aus den Händen der Militärbehörde in die Hände der Zivilbehörde gelegt ist. Der neue Instanzenzug baut sich, wie folgt auf: unterste Instanz Versorgungsstelle Wiesbaden, zweite Instanz Versorgungsamt Frankfurt a/M. Berufsanhang Militärversorgungssache Wiesbaden höhere Berufsanhang Reichsmilitär-Versorgungsgericht Berlin oberste Instanz Reichsarbeitsministerium Berlin.

— Das bessere Brot im Landkreis Wiesbaden. Mit der Vermahlung des Roggenweizens aus der neuen Ernte ist nunmehr begonnen worden und wird die Veranlagung von neuem Mehl erfolgen. Durch die erhöhten Getreidepreise und durch die geringere Ausbeute des Getreides aber müssen die Mehlpreise erhöht werden. Auch die sonstigen steigenden Löhne der Arbeiter in Mühlen- und Mältereibetrieben, die Aufschläge bei den Kohlenlieferungen usw. haben für das neue Wirtschaftsjahr bedauernd große Forderungen an den diesseitigen Kommunalverband gestellt. Aus diesen Gründen muß ein entsprechender Preissteigerungsschlag eintreten. Für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Wiesbaden beträgt nunmehr der Laib Roggenbrot im Gewicht von 2165 Gramm 1.65 Mk. einen Laib Weißbrot im Gewicht von 1936 Gramm 0.85 Mk.

Wetterbericht.

29.—30. Frühl. Reif und Nebel, darauf meist heiter, Wind und Niederschläge gering. 31. Frühl. Reif, darauf heiter, Niederschläge selten, Wind zunehmend.

Bekanntmachungen.

Verzeichnis der im unbefetzten Deutschland herausgegebenen Zeitungen deren Einfuhr in die französische Zone verboten ist.

1. Zeitliches Verbot:

Volkstimme bis 19. 11. einschließlich. Augsburger Zeitung bis 25. 10. einschließlich. Frankfurter Kurier bis 25. 10. einschließlich. Die Saargrafschaftbrille bis 24. 11. einschließlich.

2. Dauer Verbot:

Neue Hand (München) Ost. Petersen. Deutsche Freiheit Berlin. Monatsblätter für Arbeiterversicherung-Berlag Behrend und Co. Berlin La voir d'outre tombré.— Rede von J. Laurens Verlag Woller de Gruyter und Co. Berlin Wiesbaden, den 22. Oktober 1919.

Le Commandant de Jubigny

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) (L. S.) P. signé: de Capitaine Baissac.

Wird hiermit veröffentlicht.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Nach Anordnung des Preussischen Landes-Streite-Amtes darf das Brotgetreide vom 15. Oktober 1919 ab bei Weizen 80 Prozent und Roggen 82 Prozent, ausgemahlen werden. Der übrige Teil entfällt als Kleie und ist an den Eigentümer zurückzugeben. Den üblichen Mahl- und Lager-schwand darf sich der Müller nicht höher als 3 Prozent anrechnen. Dem Landwirt bzw. Selbstversorger stehen also zu, bei einem Zentner Getreide, welches er zum Mahlen in die Mühle bringt, bei Weizen 17 Pfund und Roggen 15 Pfd. Kleie. Ich ersuche Sie um Kenntnisnahme und genauen Beachtung. Um die Selbstversorger den Versorgungsberechtigten gegenüber bezüglich des an Letztere weiter verteilten Weismehl nicht zu benachteiligen, will ich den vielfältigen Wünschen entsprechend gestatten, daß den Selbstversorgern das Getreide (Weizen) für den Monat September, Oktober, (soweit solches noch nicht gemahlen ist) und November, Dezember 1919 derart von Mühlen gemahlen verabreicht wird, daß bei 80 prozentiger, Ausmahlung 60 Prozent Vorrat als Weismehl und 20 Prozent Nachmehl, getrennt geliefert wird. Diese Ausnahme ist aber nur für die angegebenen Monate zugelassen und wird für jede Zuwiderhandlung, der Betroffenen die Nachteile selbst zu tragen haben.

Wiesbaden, den 22. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. Schlitt.

An die sämtlichen Selbstversorgermühen des Kreises: Ich ersuche die Polizeibehörde anzuweisen, darüber zu wachen, daß die Befugnisse nicht überschritten werden. Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

J. B. Schlitt.

An den Gemeindevorstand zu Bierstadt.

Wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Bierstadt, den 25. Oktober

Der Bürgermeister Hofmann.

Die früheren Bezeichnungen Bezirkskommando oder Haupt-Melde-Amt oder Kontrollamt Wiesbaden, Bertramstr. 3 sind mit dem 1. Oktober in Wegfall gekommen. Die neue Dienststelle führt jetzt die Bezeichnung:

„Versorgungsstelle Wiesbaden, Bertramstr. 3“

Wiesbaden den 21. Oktober 1919.

Versorgungsstelle Wiesbaden Bertramstraße 3

Achtung Staunen!

Sebe vom 28. Oktober bis 8. November trotz des billigen Preises

10% Rabatt auf alle Möbel.

Sehr gutes Schlafzimmer

bestehend aus:

2 Betten, 2-türigen Kleiderschrank, Waschkommode, Nachtschränken, nur 1100 Mk., daselbe mit einem Bett nur 850 Mk., 2-türige Kleiderschrank, Waschkommode, Nachtschränken mit und ohne Marmortopplaten, große Anzahl einzelne Betten sowie Bettstellen in Holz und Eisen für 30 Betten aller Arten Matratzen in Seegras, Koffhaar, Wolle und Rapod, auch gefüllte Strohsäcke, sowie Federbetten und Kissen, dieselben werden auf Wunsch auch einzeln abgegeben sowie Kommoden, Spiegel, Sofas, Tische, Stühle Elegante Trümeauspiegel, rotes Plüschsofa mit 5 Sesseln, sehr gute Kücheneinrichtung alles sehr gut und billig. 30 Federbetten, 40 Kissen.

Der Verkauf und Ausfuhr dauert nur kurze Zeit, deshalb größte Gelegenheit für Brautpaare.

Wiesbaden

Bertramstraße 25.

D i c k w u r z

ca. 200 Str. zu kaufen gesucht, evtl. sukzessive Lieferung. Angebote mit Preis frei Wiesbaden an

H. Wittwer, Wiesbaden, Hellmundstr. 53, 1.

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren!

Der Demokratische Bürgerverein

danke allen denen herzlich, die in der Öffentlichkeit und in der Stille mitgearbeitet und ihm in den Kampf gegen zwei Fronten zu dem glänzenden Ergebnis verholfen haben.
Der Vorstand.
J. A. Prof. Vogel.



"Gesangverein Frohsinn" — Bierstadt. —

Die — **Gesangproben** —
finden regelmäßig jeden **Dienstag Abend**, 8 Uhr im Probefestlo in der neuen Schule an der Adlerstr. statt und laden wir die Herren Sänger hierzu ganz ergebenst ein. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bitten
Der Vorstand.

Künstliche

Beine
Arme

Orthopädische
Apparate
und
Korsetts

aller Systeme,
gegen Rückgrat-
verkrümmung.

Garantie für
guten Sitz.

Illustrierte
Preisliste auf
Wunsch.

Jac. Reining

Spezialist für künstliche Glieder.
Mainz, Brand 21.



Ein **Walter 50 Mt.**, Kinder-
bett mit Matratze 20 Mt.,
Stehtragen Größe 41, 42
Etück 50 Pfg zu verkauf-
en. Bierstadt, Wilhelm-
straße 33, 2.

Künstl. Blumen

für Vasen und Spiegel
Brautfränze

in grün, Silber- und
Goldnuyten. Silber-
körbe zu Geschenken.

B. von Sauten
47 Friedrichstraße 47,
Wiesbaden.

Stoffe

für Damenmäntel und
Herrenjoppenanzüge billig
abzugeben. **L. Klotz**,
Wiesb., Schwalbach Str. 33

Ein guter Raum
polierter Tisch billig zu
verkaufen.
Bierstadt, Wilhelmstr. 31

Hilfsarbeiterin für
Schneiderin nach Wiesbad-
en gesucht. Offte ten unter
Nr. 16, an die Exp. d. Bl.
I sauberes Allein- oder
Stundenmädchen für fl.
Bau-halt sofort gesucht.
Villa, Aussichtstraße 1.

Eine kleinen **Bücherei**
zu kaufen gesucht.
Bierstadt,
4 Langgasse 4.

Zu verkaufen.

Rote und schwarze Johan-
nisbeeren- u. Stachelbeeren-
Sträucher, Garten-Rei-
spiel (häng. Kugel) Hunder-
bütte, Dachtbaum, Rasen-
mäschine, Rinderfchlitt.
Näh. Bierstadt Höhe 4, II

Weißzeugnäherin
für Ausstattung gesucht.
Bierstadter Höhe 35.

Wirklich vorrätig ab 600 Mt.

Schreib- Maschinen

großes Lager. Verkauf.
R. Günzburg, Mainz,
Hindenburgstraße 19. Tel. 961

Schlafzimmer

in Nußbaum, Mahagoni,
Kirschbaum, Eiche und
lackiert zu sehr niedrigen
Preisen.

**Speisezimmer
Kücheneinrichtungen
Einzelne Möbel**

Bettstellen
Holz und Metall, Kapot,
Haar, Woll und Seegras-
matratzen, Polstermöbel in
groß. Auswahl.

Möbelhaus Buchdahl

Wiesbaden
4 Bärenstrasse 4.

Karbid- Lampen

helles, weißes Licht
billigst

Aug. Seel
Fahrradhandlung,
Wiesbaden,
Schwalbacher Str. 27.

J. HERTZ

Damen-Moden

— Wiesbaden —
Langgasse 20

Winter-Mäntel
Kostüme
Abend-Kleider
Pelze

Stets neue Formen in
bester Verarbeitung zu
angemessenen Preisen

Billiger Möbelverkauf

wegen baulicher Veränderung.

Schlafzimmer, compl., polierte und lackierte.
Kücheneinrichtungen, pisch und weiß lackiert, mit
Tönnen u. Alum. Topfgarnit. — Büffets, Schreibtische,
Sekretäre sowie alle andere Einzelmöbel, Matratzen und
Bettwäsche.

Möbellager u. Schreinerei Graubner

Wiesbaden, Adlerstr. 3. Am Kaiser Friedrich-Bad.

Photographie

Skizzen
Familienbilder
Vereinsgruppen

Weihnachts-Aufträge
frühzeitig erbeten!

Kinderaufnahmen

Aufnahmen im eigenen Heim

Landschafts- und Architektur-Aufnahmen

liefert in tadelloser Ausführung

Karl Engel

Photograph Wiesbad., Blücherstr. 8, Gth. Pt.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise
offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10. Reparatoren

Dieser Mann

gibt Ihnen Aufklärung über Charaktereigenschaften
und Lebensbeschreibung usw.
Senden Sie Ihr selbstgeschriebenes Geburtsdatum,
Ihre genaue Adresse und 50 Pfg in Marken und
Sie erhalten eine wichtige Mitteilung.

Karl Guldner, Bayreuth/Bayern,
Stadtpostfach 115.

Glycerin

gegen Schürren, rauhe und rissige Hände.

DROGERIE LEHMANN

Wiesbadenerstr. 4 — Fernspr. 3267.



Südkaufhaus

Wiesbaden
Ecke Moritz- und Gerichts-
straße 1.

100 Zentner **Dickwurz** zu
kaufen gesucht. Näheres
in der Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Karbid,

Karbid-Lampen,
Kaffeeöster, Gaslampen,
Brenner, Zyl. Glühkörper,
Gaslöcher, Brat- u. Back-
hauben, Badewannen, Bade-
Ofen, Zapfhähne und
Gartenschläuche zu verlauf.
Kranke, Wiesbaden,
Wellstrasse 10.

Reinen

Gährungseffig
per Liter 80 Pfennig
Drogerie Lehmann,
Drogen — Farben —
Kolonialwaren, Bierstadt,
Wiesbadenerstr. 4 Tel. 3267

Inserate haben in unserem
Blatte besten Erfolg.

— **Feiner Chinesischer Tee** —
Paket 20 Pfg., 1/4 Pfund = 4.50 Mk. empfiehlt
Drogerie Arthur Lehmann
Wiesbadenerstraße 4 Telefon 3267

D. Brandis

Kürschnerei und Pelzwaren

Langgasse 39, 1. Wiesbaden Langgasse 39, 1

Fernsprecher Nr. 2024

Annahme von Neuanfertigungen, Umarbeitungen
und Reparaturen.

Geschäfts-Verlegung.

Mein techn. Geschäft befindet sich jetzt

Wiesbaden Moritzstraße 21

Ph. Hch. Marx

Geschäftszeit 8—1, 2—5. Telefon 805, 806

Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Trauringe

... fugenlos ...
moderne Kugelform,
in 8, 14 und 18 Kar.
Eigene Anfertigung.
Billigste Preise.

C. Struck Gold-
schmied
Wiesbd., Michelstr. 15

Spezialhaus für feine
Stahlwaren

Philipp Krämer
Wiesbaden, Langg. 26
Fernsprecher 2079
Schleiferei u. Reparatur.

Coutellerie

Philipp Krämer
Wiesbaden
26 rue longue 26
aiguiseurs
et réparations

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch mache ich die werthe Einwohnerschaft, sowie Freunde und
Bekannte darauf aufmerksam, daß ich in dem Hause **Wiesbaden**,
Kirchgasse 49 ein Spezial-Geschäft für

:: **Zigarren, Zigaretten und Tabak** ::

eröffnet habe. Gleichzeitig mache ich die werthe Kundschaft auf meine
Engros-Abteilung aufmerksam. Ich werde stets bemüht sein nur das
Beste zu bringen und bitte ich um gütigen Zuspruch.

Wiesbaden, 22. Oktober 1919.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. Dolginewer, Zigarettenfabrik.

Zigarren-Fabrik-Niederlage

Wiesbaden

Neugasse 1

**KAU-
TABAK**

durchgebeizt: rein
ohne Ersatzstoffe und
Farbmittel



**RAUCH-
TABAK**

Kentucky-Rippen-
schnitt mit Java-
Blattmischung gut
brennend

Nur für Wiederverkäufer.

Verkaufszeit nur vormittags 9 bis 1 Uhr.